



picture alliance/dpa/Report/Seltan Mohammad

Im Kabuler Vorort Darulaman ließ König Amanullah in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts einen Palast errichten und ihn durch eine Allee mit der Stadt verbinden. Der deutsche Architekt Walter Horten hatte an diesem Projekt, das den Aufbau eines modernen afghanischen Staates symbolisierte, als königlicher Baumeister entscheidenden Anteil. Für die Entwicklung des neuen Stadtteils nahm er Planungen der Stadt Karlsruhe aus dem 19. Jahrhundert zum Vorbild.

Der Palast war Schauplatz der Liquidierung von Präsident Amin durch sowjetische Spezialkräfte 1979. Im Bürgerkrieg nach 1989 zerstörte Artilleriebeschuss das Gebäude weitgehend. Ende 2004 konstituierte sich in Düsseldorf eine Stiftung, die als Vision neben der Wiederherstellung des Palastes als Parlamentssitz die Neuentwicklung des gesamten Stadtteils zum Diplomatenviertel verfolgt. Die Zukunft von Bauwerk und Projekt ist allerdings unsicher.

Trotz der Beendigung des fundamentalistischen Taliban-Regimes 2001 ist Afghanistan von Frieden und Stabilität weiterhin weit entfernt. Während sich westliche Modelle von Staatsbildung und Modernisierung teilweise als untauglich erweisen, erleben die Taliban im Süden des Landes eine Renaissance und bedrohen das Engagement der Internationalen Gemeinschaft.

## ■ Die Taliban und die Neuordnung Afghanistans

Als im November 2001 Luftangriffe der Coalition Forces das Regime der Taliban binnen weniger Tage hinwegfegten, gingen Analysten davon aus, dass deren Herrschaft nun Geschichte sei. Die einhellige Meinung war damals, dass es sich bei den Taliban um eine künstliche, von Pakistan geschaffene militant-islamistische Bewegung handle, die kaum Rückhalt in der Bevölkerung genieße. Wenige Jahre später stellt sich die Situation anders da. Die Taliban kontrollieren weite Teile Süd- und Südostafghanistans und haben die Truppen der Koalition in die Defensive gedrängt.

Die Taliban (Singular talib, eigentlich Koranschüler in der Ausbildung zum Mullah) traten das erste Mal im Spätsommer 1994 in Südafghanistan auf. Ihr rasches Ausgreifen begünstigte der einfache Umstand, dass sich ihnen kein ernst zu nehmender Gegner in den Weg stellte. Die wenigen widerspenstigen Kriegsfürsten machten sich die islamistischen Krieger Allahs durch finanzielle Zuwendungen gefügig. Nach der Einnahme Herats im Oktober 1995 marschierten die Taliban im September 1996 in Kabul ein. Am Tag, als die Hauptstadt fiel, wurde der ehemalige Präsident Nadschibullah, der sich seit 1992 in UN-Gewahrsam befand, hingerichtet. Pakistan und Saudi-Arabien erkannten die Taliban umgehend als neue Regierung an.

Besonders Pakistan galt stets als starke Kraft hinter der aufstrebenden Organisation. Der pakistanische Geheimdienst förderte die Bewegung in substanzieller Weise. Auch die USA waren anfangs an den Taliban interessiert, da sie sich von ihrer Herrschaft die notwendige Stabilität erhofften, um von der amerikanischen Firma UNOCAL eine Erdgas-Pipeline zwischen Turkmenistan und Pakistan bauen zu lassen. Allerdings distanzierte sich Washington seit 1996 von den Taliban, da die amerikanische Öffentlichkeit diese zunehmend negativ beurteilte.

Die Einnahme Kabuls veranlasste die Parteien, die sich bis 1996 bis aufs Blut bekämpft hatten (vgl. den Beitrag von Katja Mielke zum Bürgerkrieg), sich zur »Allianz für die Rettung des Vaterlands« – im Volksmund Nordallianz – zusammenzuschließen. Das Bündnis geriet in den folgenden Jahren immer stärker

unter den Druck der Taliban. Letztere nahmen 1998 Masar-e Scharif ein und brachten auch Nord- und Zentralafghanistan unter ihre Kontrolle. Allein Massud, der Badachschan und das Pandschir-Tal kontrollierte, blieb für sie ein ernst zu nehmender Gegner. Zwei Tage vor dem 11. September 2001 kam er bei einem Attentat ums Leben (vgl. den Beitrag von Karl Ernst Graf Strachwitz zu Achmad Schah Massud).

Die Taliban rekrutierten sich anfangs überwiegend aus den Koranschulen (Medressen) in Afghanistan und Pakistan, die hier seit den 1980er-Jahren im Zuge des Dschihad gegen die Sowjets entstanden waren. Die Koranschüler stammen bis heute meist aus sozial einfachen Verhältnissen und haben ihre Wurzeln in den afghanischen Flüchtlingslagern. Wenngleich es unter den Taliban auch recht viele Mudschaheddin gab, distanzieren sie sich öffentlich von den Mudschaheddin-Parteien, die durch Gräueltaten spätestens seit 1992 ihren Ruf als »Heilige Krieger« verspielt hatten. Die anfängliche Akzeptanz der Taliban in der Bevölkerung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass deren Kämpfer durch die Entwaffnung von Milizen und die Einführung harter Strafen in dem vom Krieg geschüttelten Land die öffentliche Sicherheit wieder herstellten. Kriminalität und Wegelagerung wurden durch ihr strenges Regime drastisch eingedämmt.

Ziel der Taliban ist es bis heute, Afghanistan in einen »Gottesstaat« nach dem Vorbild der islamischen Frühzeit zu verwandeln. 1996 wurde aus der »Islamischen Republik« das »Islamische Emirat Afghanistan«. Die Gesetze der Scharia mit abschreckenden Strafen für bestimmte Vergehen (z.B. Steinigung bei Ehebruch) wandten die Taliban rigoros an. Verbote gegen das Rasieren, Tanzen oder Musikhören, gegen Fotoporträts und Fernseher entsprachen einer eigenwilligen Interpretation der religiösen Schriften. Leidtragende dieser Politik waren vor allem Frauen: Die Taliban verbannten sie durch die Pflicht des Ganzkörperschleiers (Burka), ein generelles Arbeitsverbot für Frauen und die Schließung der Mädchenschulen aus dem öffentlichen Leben.

Allerdings war die Sittenstrenge der Taliban weniger von den Moralvorstellungen der Scharia als vielmehr vom Ehrbegriff des paschtunischen Verhaltenskodex (Paschtunwali) geleitet. Die Verdrängung der Frau aus dem öffentlichen Leben, die Steinigung »befleckter« Frauen und die Aufnahme der Blutrache in

den gültigen Rechtskanon entsprachen Stammesvorstellungen und liefen teilweise sogar der Auslegung der Scharia zuwider. Unter den Taliban stieg der »Islam paschtunischer Prägung«, der für die Flüchtlingslager typisch war, zur dominierenden Vorstellung auf. Insbesondere der seit dem sowjetischen Krieg einäugige Taliban-Führer Mullah Omar symbolisiert diese Verbindung stammesbasierter und religiöser Vorstellungen: Mullah Omar entstammte den Hotak-Ghilsai und rückte damit in verwandtschaftliche Nähe zu Mir Wais, dem Gründer des ersten paschtunischen Reichs Anfang des 18. Jahrhunderts. In Anlehnung an den zweiten Kalifen, der Anfang des 8. Jahrhunderts gelebt hatte, bezeichnete er sich auch als »zweiter Omar« und nahm den Titel Amir al-Muminin (»Herrscher der Gläubigen«) an.

Während die ländlichen paschtunischen Gebiete von den Anordnungen der Taliban weitgehend verschont blieben, gerieten besonders Herat und Kabul unter die Aufsicht strenger Sittenwächter. Ein Grund hierfür dürfte der sprachliche und ethnische Gegensatz zwischen den paschtosprachigen Taliban und der persischsprachigen, überwiegend tadschikischen Bevölkerung dieser Städte gewesen sein. Auch hegten die Taliban eine generelle Abneigung gegenüber dem urbanen Milieu, in dem ihre ländlichen Werte nicht griffen. Schließlich galt Kabul auch als Sündenbabel und verhasster Hort des Kommunismus.

### Der 11. September 2001

Der radikale Islamismus der Taliban bedingte ihr schlechtes Verhältnis zu den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen. Afghanistan entwickelte sich zur Drehscheibe eines globalisierten Netzwerks militanter Islamisten, was in der Entstehung von Al-Kaida unter Führung Osama Bin Ladens mündete. So wurden die Anschläge auf die US-Botschaften in Daressalam und Nairobi im August 1998 Osama Bin Laden zugeschrieben. Am 19. Dezember 2000 beschlossen die UN auf Druck der USA Sanktionen gegen die Taliban, da diese sich weigerten, Osama Bin Laden auszuliefern. Die Antwort des Regimes ließ nicht lange auf sich warten: Am 10. März 2001 ließ Mullah Omar die Statuen von Bamian zerstören, die zum Weltkulturerbe der

UNESCO zählen. Am 5. August 2001 verhafteten seine Krieger Mitarbeiter der Hilfsorganisation »Shelter Now« mit dem Vorwurf, sie betrieben im Land christliche Missionierung.

Die Anschläge des 11. September verdeutlichten in erschreckender Weise die Bedeutung Afghanistans als Rückzugsraum für militante Islamisten. Am 20. September forderten die USA erneut die Auslieferung Osama Bin Ladens von der Regierung in Kabul. Diese reagierte mit einer Schaukel- und Verzögerungspolitik, kam jedoch dem Ultimatum nicht nach. Währenddessen bauten die USA mit der »Coalition against Terrorism« ein Bündnis auf, das nicht allein die NATO-Mitglieder und Russland umfasste, sondern auch den Taliban nahe stehende Länder wie Saudi-Arabien und Pakistan.

Am 7. Oktober begann die US-Luftwaffe im Rahmen der Operation »Enduring Freedom« Stellungen der Taliban zu bombardieren. Gleichzeitig versuchte die Nordallianz, mit logistischer Unterstützung der USA und Großbritanniens von Norden her die Kampflinien der Taliban zu durchbrechen. Anfang November brach deren Widerstand zusammen: Am 8. November nahm die Nordallianz Masar-e Scharif ein. Keine fünf Tage später, in der Nacht vom 12. auf den 13. November, zogen sich die Taliban aus Kabul zurück und überließen die Stadt der Nordallianz. Mit Kundus fiel am 25. November kampfflos die letzte Taliban-Hochburg in Nordafghanistan. Tausende ihrer Kämpfer, denen man freies Geleit nach Südafghanistan versprochen hatte, kamen nach der Einnahme der Stadt unter ungeklärten Umständen ums Leben. Am 8. Dezember 2001 verloren die Taliban mit Kandahar ihre letzte wichtige Bastion und zogen sich in die paschtunischen Stammesgebiete in der unzugänglichen Grenzregion zu Pakistan und im südlichen Zentralafghanistan zurück.

### **Wiederaufbau im Rahmen des Petersberger Prozesses**

Nach dem Fall der Taliban galt es, ein Machtvakuum in Kabul zu verhindern. Lakhdar Brahimi, den die Vereinten Nationen zum Sonderbotschafter für Afghanistan ernannt hatten, rief ver-

### Die Buddha-Statuen von Bamian

Die Stadt Bamian liegt 230 Kilometer nordwestlich von Kabul in Zentralafghanistan. Hier befanden sich bis zur Herrschaft der Taliban zwei weltberühmte, 35 und 53 Meter hohe, direkt in die rötlichen Sandsteinwände gehauene Buddha-Statuen. Die Statuen von Bamian, geschaffen wahrscheinlich zwischen 500 und 550 n.Chr., beschrieben chinesische Pilger schon im 7. nachchristlichen Jahrhundert und rühmten außer deren Größe auch die damals noch vorhandenen Malereien und Vergoldungen, die den Götterbildern insgesamt eine gewaltige Ausstrahlung verliehen haben müssen. Bamian war in vorislamischer Zeit ein wichtiger Handelsplatz und Sitz eines großen buddhistischen Klosters, von dem heute noch etwa 900 Wohnhöhlen im Fels zeugen. Die Stadt Bamian erlebte im 13. Jahrhundert die weitgehende Zerstörung durch Dschingis Khan und war Kampfgebiet im Ersten Anglo-Afghanischen Krieg 1838–1842. Noch während

der sowjetischen Besatzung war Bamian einer der wichtigsten archäologischen Ausgrabungsorte in Afghanistan und ein beliebtes Ziel für Besucher. Mullah Mohammed Omar ließ die beiden Statuen am 12. März 2001 sprengen, nachdem zuvor der fast einen Monat dauernde Beschuss mit Panzern und Artillerie ohne Wirkung geblieben war. Trotz weltweiter Proteste fielen den Taliban außer den Statuen von Bamian auch die meisten buddhistischen Ausstellungsstücke des Museums in Kabul zum Opfer.

(bc)



Alain Delabre

schiedene afghanische Gruppierungen zu Verhandlungen auf dem Petersberg bei Bonn (27. November bis 5. Dezember 2001) zusammen. Nach zähen Verhandlungen und unter massivem Druck der Vereinten Nationen und der USA einigten sich die Gesprächspartner auf einen Zeitplan für den politischen Wiederaufbau sowie auf eine Übergangsregierung. Als Übergangspräsident wurde Hamid Karsai auserkoren. Am 22. Dezember nahm die neue afghanische Regierung ihre Arbeit auf. Ihren Schutz hatte die International Security Assistance Force (ISAF) zu gewährleisten. Diese war mit einem UN-Mandat ausgestattet und umfasste zunächst 5000 Männer und Frauen, darunter ca. 2000 deutsche Soldaten.

In den folgenden vier Jahren konnten wichtige Ziele des Petersberger Abkommens – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – erreicht werden. So bestätigte eine Emergency Loya Dschirga im Juni 2002 Hamid Karsai als Präsidenten der Übergangsregierung. Hinter den Kulissen hatte der damalige US-Sondergesandte für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, den ehemaligen Präsidenten Burhanuddin Rabbani und den ehemaligen König Sahir Schah dazu gedrängt, ihre Ambitionen auf ein staatstragendes Amt aufzugeben. Am 4. Januar 2004 verabschiedete eine »Constitutional Loya Jirga« die neue Verfassung des Landes. Diese strebte danach, Vorstellungen einflussreicher Gruppierungen, vor allem der Mudschaheddin, zu befriedigen, aber auch internationalen Standards gerecht zu werden: Afghanistan wurde zu einer Islamischen Republik, in der alle Verfassungsinhalte in Einklang mit dem Islam stehen müssen (Art. 3). Gleichzeitig legte die Verfassung demokratische Prinzipien als Grundlage der politischen Ordnung und die Gleichstellung von Mann und Frau (Art. 22) fest. Obgleich beide Loya Dschirgas bemüht waren, durch die Einbindung der traditionellen wie modernen Eliten den jeweiligen Veranstaltungen den Charakter allgemeiner politischer Teilhabe zu geben, fielen die Entscheidungen in Wahrheit jedoch nicht im Plenum, sondern hinter verschlossenen Türen. Zudem verkündete Karsai die Verabschiedung der neuen Verfassung, ohne dass über diese abgestimmt worden war. Die »Constitutional Loya Jirga« verdeutlichte, dass die realen Machtverhältnisse die Entscheidungsfindung in Afghanistan weit mehr beeinflussten als demokratische Spielregeln.

In den beiden folgenden Jahren fanden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Bei den Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober 2004 setzte sich Hamid Karsai mit 55,5 Prozent gegen seine Konkurrenten Junus Kanuni (16,3 Prozent), Mohammed Mohaqqueq (11,6 Prozent) und Raschid Dostum (10,0 Prozent) durch. Die Letztgenannten erlangten die Mehrheit der Stimmen besonders in jenen Provinzen, in denen Tadschiken, Usbeken beziehungsweise Hasaras dominierten, was die ethnische Fragmentierung Afghanistans vertiefte. Die Wahlbeteiligung war mit acht Millionen sehr hoch, und der Anteil der Frauen lag bei 41 Prozent. Obgleich es bei der Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen immer wieder zu Attentaten auf Wahlbüros und Wahlhelfer kam, blieb am Stichtag die befürchtete Welle der Gewalt aus.

Die Parlamentswahlen, die am 18. September 2005 abgehalten wurden, fanden hingegen trotz eines enormen logistischen Aufwands bei der Bevölkerung nur wenig Anklang. Die Wahlbeteiligung lag unter 50 Prozent. Der Enthusiasmus über die Einführung demokratischer Prinzipien war einer breiten Ernüchterung gewichen. Beide Abstimmungen konnten zudem kaum als fair und frei bezeichnet werden, da Gewaltandrohungen die Regel und Wahlfälschung weit verbreitet waren. Viele der Kandidaten – nicht selten selbst in Kriegsverbrechen und Organisierte Kriminalität verstrickt – verstanden den Begriff »Wahlkampf« im wörtlichen Sinn.

Mit den Parlamentswahlen war der Petersberger Prozess abgeschlossen. Wenn dies auch auf dem Papier als ein Erfolg gewertet werden konnte, war das Land von Frieden und Stabilität doch noch weit entfernt. Daher einigte sich die Internationale Gemeinschaft am 31. Januar 2006 in London im »Afghanistan Compact« darauf, ihr Engagement im Land fortzuführen. Der Sturz der Taliban hatte nicht das Ende des Afghanistankriegs eingeläutet, sondern nur eine neue Runde der Konfliktaustragung: Die starken Einzelinteressen örtlicher Machthaber, eine blühende Drogenökonomie sowie verbreitete Korruption und Patronage behinderten den Wiederaufbau, und Süd- und Südostafghanistan wurden zum Schlachtfeld eines neuen Krieges – diesmal unter Beteiligung der USA und der NATO (vgl. den folgenden Beitrag von Bernhard Chiari).

### Der Bürgermeister von Kabul

Obgleich Hamid Karsai als Regierungsoberhaupt bestätigt wurde, blieb er ein schwacher Präsident. Den Spielraum der Regierung schränkte zudem ein, dass ihr einerseits nur ein geringes Budget ausländischer Gelder zustand, sie aber andererseits selbst nicht über die Mittel verfügte, Zölle oder Steuern einzutreiben. Zudem waren die Trägerstrukturen innerhalb der staatlichen Verwaltungen schwach ausgebildet. Das niedrige Niveau der Gehälter bedingte ein permanentes Abwandern qualifizierter Kräfte zu gut zahlenden internationalen Organisationen. Die Rekrutierung staatlicher Mitarbeiter folgte einem traditionellen Verständnis von persönlichen Netzwerken; Seilschaften und Günstlingswirtschaft kamen zum Zuge. Korruption beherrschte die Verwaltung und delegitierte die Regierung in den Augen vieler Afghanen.

Eine weitere Ursache für die Schwächung des Staats war, dass Kriegsfürsten wie Raschid Dostum und Ismail Khan, der »Emir von Herat«, die einst der Nordallianz angehörten, unmittelbar nach Vertreibung der Taliban das Land unter sich aufteilten, ohne sich um den neuen Zentralstaat zu kümmern. Der Aktionsradius der Übergangsregierung reichte daher kaum über die Stadtgrenze Kabuls hinaus. Allein die Präsenz der internationalen Kontingente sorgte dafür, dass die Hauptstadt nicht Schauplatz gewaltsamer Kämpfe zwischen rivalisierenden Kriegsfürsten wurde. In den Provinzen waren Überfälle, Enteignungen und willkürliche Gewaltanwendung durch Machthaber, Milizen und marodierende Banden an der Tagesordnung. Immer wieder flackerten Kämpfe auf. Die Regierung funktionierte zudem nicht als Gegenpol zu den partikularen Kräften im Land, da sich gerade unter den Gouverneuren und Polizeichefs der Provinzen viele Kriegsfürsten finden. Warlords wie Mohammed Fahim oder Raschid Dostum und Islamisten wie Rasul Sayyaf und Burhanuddin Rabbani, die sich als Sprachrohr der Mudschaheddin profilierten, übten zudem von Anfang an gehörigen Einfluss auf die Politik Hamid Karsais aus. Schließlich bildete sich 2007 mit der Nationalen Front eine politische Bewegung der Unzufriedenen, der sich sowohl Mudschaheddin-Führer, wie Kommunisten, Kriegsfürsten und sogar Royalisten anschlossen. Gerade die

### Politische Kontrahenten: Hamid Karsai und Junus Kanuni

Die fast gleichaltrigen Politiker Hamid Karsai (\*1956) und Junus Kanuni (\*1957) sind die prominentesten politischen Führer der Post-2001-Ära. Beide treten im Kampf um die zentrale Macht in Afghanistan als Kontrahenten auf. Der Popalsai-Paschtune Karsai entstammt einer Nebenlinie des Königshauses. Als Sohn eines prominenten Politikers lebte er während des Krieges überwiegend in Indien und den USA. Der Tadschike Junus Kanuni dagegen kommt aus dem Pandschir-Tal. Zur Zeit der sowjetischen Invasion kämpfte er in Afghanistan und stieg zur rechten Hand Achmad Schah Massuds auf. Kanuni gilt als der Intellektuelle unter den Pandschiris. Er vertritt islamistische Positionen und führte die Delegation der Nordallianz bei den Friedensverhandlungen auf dem Petersberg bei Bonn an. Demgegenüber steht Hamid Karsai eher für das traditionelle Establishment. Wenngleich er Kanuni 2002 zunächst als Innenminister und dann als Erziehungsminister in sein Kabinett berief, offenbarten sich bald die Rivalitäten zwischen beiden Politikern. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 zog Kanuni deutlich den Kürzeren. Karsai verfügt vor allem in den paschtunischen Siedlungsgebieten über beträchtliche Unterstützung, während Kanuni im tadschikischen Nordosten seine Hochburg hat. Gegenwärtig ist Kanuni Sprecher des neu gewählten Parlaments und bleibt damit schärfster Kritiker Karsais. Beim Ringen um die Präsidentschaft dürfte Kanunis tadschikische Herkunft auch zukünftig sein größtes Handicap bleiben. (cs)

picture alliance/dpa/Fotoreport/Jimin Lai



Der damalige Innenminister Junus Kanuni (Bildmitte) unterzeichnete im Januar 2002 im Beisein von Außenminister Abdullah Abdullah (links) und Verteidigungsminister Kasim Fahim (rechts) den Vertrag zur Stationierung ausländischer Streitkräfte auf dem Gebiet Afghanistans.

politische Unbestimmtheit dieser Bewegung verdeutlicht, dass die gegenwärtige Regierung nur über eine geringe Akzeptanz unter den politischen Eliten verfügt.

Dem Aufblühen der geschilderten Gewaltstrukturen standen die zunächst zaghafte und schleppende Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft gegenüber, durch den Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte und eine Entwaffnung der Milizen ein staatliches Gewaltmonopol herzustellen. Im Herbst 2002 schlugen die USA einen neuen Weg ein, indem sie in größeren Städten Provincial Reconstruction Teams (PRTs) etablierten, die sich aus ungefähr 50 bis 400 Militärs und Entwicklungshelfern zusammensetzten und teilweise unter ISAF-Mandat standen. Die Bundeswehr übernahm die PRTs in Kundus (im November 2003) und in Faisabad (September 2004). Seit 2006 gehört ganz Nordafghanistan zum deutschen militärischen Verantwortungsbereich. Das Bundeswehr-Kontingent der ISAF mit bis zu 4500 Mann, dessen Mandat der Deutsche Bundestag zuletzt im Oktober 2008 um 14 Monate verlängerte, hat seine operative Zentrale in Masar-e Scharif. Im Gegenzug zum Engagement im Norden zog Deutschland das Gros seiner Truppen aus der Hauptstadt Kabul ab.

Obgleich Hamid Karsai das Problem des Kriegsfürstentums nicht aus der Welt schaffen konnte, gelangen ihm kurzzeitig Achtungserfolge. So bemühte er sich, die Provinzgouverneure, unter denen der Anteil der Warlords besonders hoch war, von Verwaltungsbezirk zu Verwaltungsbezirk rotieren zu lassen, um eine Verfestigung ihrer Macht zu verhindern. Schließlich versuchte die Regierung, aus Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Akteuren Profit zu schlagen: Als Ismail Khan durch Kämpfe mit konkurrierenden Kriegsfürsten geschwächt war, nutzte Hamid Karsai die Gelegenheit, um ihn im September 2004 als Gouverneur von Herat abzusetzen und als Minister für Energie in die Hauptstadt Kabul zu beordern. Der Präsident unterwarf ihn damit zumindest zum Teil zentralstaatlicher Kontrolle. Jedoch ist seit 2007 zu beobachten, dass Karsai immer seltener seinen Willen durchsetzen kann. Ein um das andere Mal scheiterte er mit der Wahl seiner Kandidaten an der Opposition lokaler Eliten, die drohen, die angespannte Sicherheitslage eskalieren zu lassen.

### Renaissance der Taliban

Die internationale militärische Intervention in Afghanistan zeichnete sich von Anfang an durch ihre große Komplexität aus. So liefen zunächst zwei unterschiedliche Operationen parallel: Die Operation »Enduring Freedom« verfolgte das Ziel, die Taliban und Al-Kaida zu vernichten. Gleichzeitig hatte ISAF den Auftrag, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau im Land zu schaffen. Aufgrund der zunehmenden Bindung der amerikanischen Truppen im Irak übernahm die NATO im Sommer 2003 die ISAF-Führung in Afghanistan. In den folgenden Jahren wurde der Verantwortungsbereich von ISAF erheblich ausgeweitet. Ihr unterstanden nun auch zunehmend militärische Verbände, die im Rahmen der Operation »Enduring Freedom« gekämpft hatten, seit Sommer 2006 auch das Gros der Truppen im umkämpften Süden und Südosten Afghanistans. Insgesamt stieg die Personalstärke der internationalen Kontingente kontinuierlich bis auf 71 500 Mann – und liegt damit trotzdem nur knapp über der Hälfte der sowjetischen Kräfte, die bis 1989 im Land stationiert waren.

Bereits mit dem Rückzug der Taliban offenbarte sich, dass die internationalen Truppen diese mit herkömmlichen Mitteln kaum schlagen konnten: Die Bombardierung von Tora Bora im Dezember 2001 sowie ein halbes Dutzend großangelegter Militäroperationen zeitigten kaum Erfolge. Auch gelang es nicht, Führer wie Osama Bin Laden oder Mullah Omar ausfindig zu machen. Im Gegenzug brachten die Taliban durch gezielte Anschläge und zunehmend auch Selbstmordattentate den Wiederaufbau in Süd- und Südostafghanistan zum Erliegen. Mehr noch waren sie seit 2005 in der Lage, die Internationale Gemeinschaft auch militärisch immer wieder herauszufordern. Bereits 2006 starben weit über 4000 Menschen bei Auseinandersetzungen zwischen NATO-Soldaten und den Taliban. Letzteren gelang es, im Sommer 2006 Kandahar mit einigen Tausend Kämpfern zu umzingeln und kurzfristig von Kabul abzuschneiden. Im Herbst 2006 zogen sich britische Einheiten gar aus einigen von den Taliban kontrollierten Distrikten vollends zurück. Da die NATO zunehmend in die Defensive geriet, stockte das Bündnis im Winter 2006/07 seine Kräfte auf. Der Afghanistan-Einsatz wurde immer stärker

zur Zerreißprobe: Während NATO-Kontingente einzelner Mitgliedstaaten unter hohen Verlusten in Südafghanistan kämpfen, sorgen andere im Rest des Landes in einem vergleichsweise sicheren Umfeld für Stabilität. So nahm die Forderung der USA und anderer Bündnispartner, die die Hauptlast im Krieg gegen die Taliban tragen, vehement zu, Staaten wie Deutschland sollten sich stärker militärisch engagieren. 2007 sagte die Bundesregierung auf Anfrage der NATO die Entsendung von Aufklärungstornados der Luftwaffe zu und verlegte diese Anfang April 2007 in das Krisengebiet. 2008 übernahm Deutschland zudem von Norwegen den Auftrag für die Quick Reaction Force (QRF) für Nordafghanistan und stellt damit echte Kampfeinheiten.

Die Taliban avancierten seit 2001 zum Sammelbecken derjenigen Kräfte, die mit der herrschenden Situation unzufrieden waren. So schloss sich Gulbuddin Hekmatyar, der im Frühjahr 2002 aus dem Iran nach Afghanistan zurückgekehrt war, den Taliban an, um die afghanische Regierung und die »ausländischen Kreuzritter« zu bekämpfen. Talib zu sein, avancierte nun im Unterschied zu den 1990er-Jahren zu einem Lifestyle, der sich jenseits ethnischer, religiöser oder sozialer Grenzen gegen jegliche Einmischung von außen richtete – ob durch militärische Prä-



SKA/IMZBw/Martin Solberg

Koranschule in Afghanistan.

senz, durch die Vernichtung von Schlafmohnfeldern oder durch die Einrichtung von Mädchenschulen. Gerade das militärische Vorgehen der US- und NATO-Truppen, bei dem irrtümlich auch Hochzeitsgesellschaften, Moscheen und Dörfer unter Beschuss gerieten, brachte den Taliban Zulauf. So befinden sich neben religiösen Eiferern Stammeskrieger, Drogenhändler, Söldner und hoch motivierte Islamisten aus aller Welt in ihren Reihen. Entsprechend dieser Vielschichtigkeit der Anhängerschaft agieren die Taliban – ähnlich wie bereits die paschtunischen Stämme gegen die Moguln im 18. Jahrhundert, die Briten im 19. Jahrhundert und die Sowjets in den 1980er-Jahren – in kleinen, unabhängigen Verbänden, die nur locker mit den Zentralen der Taliban in Quetta, Wasiristan und Peschawar verbunden sind.

Mit der Intensivierung des Krieges im Süden gewinnt auch die von Afghanistan bis heute nicht anerkannte Durand-Linie wieder an Aufmerksamkeit (vgl. den Infokasten auf S. 32). So nutzen die Taliban das unwegsame Terrain im Grenzgebiet zu Pakistan, um sich den Anti-Terroroperationen immer wieder zu entziehen, neu zu sammeln und Gegenangriffe zu starten. Als Reaktion weiteten die USA ihre Militäroperationen 2008 in die Stammesgebiete auf pakistanischer Seite aus. Diese Gewalteskalation in der Grenzregion verschlechtert die ohnehin äußerst problematischen afghanisch-pakistanischen Beziehungen. So kommt es seit Sommer 2003 zu Schuldzuweisungen zwischen Kabul und Islamabad. Schlummernde, ungelöste Konflikte der Vergangenheit wirken bis heute fort.

### **Perspektiven für den staatlichen Aufbau**

Unmittelbar nach dem Sturz der Taliban setzte der zivile Wiederaufbau Afghanistans ein. So sagte die Internationale Gemeinschaft auf Geberkonferenzen in Tokio (21. Januar 2002), Berlin (31. März 2004), London (31. Januar bis 1. Februar 2006) und Paris (12.–13. Juni 2008) Milliardenbeträge für diesen Zweck zu. Um die Schaffung einer neuen Infrastruktur ins Werk zu setzen, strömten weit über tausend Hilfs- und Entwicklungsorganisationen nach Afghanistan, wo sie sich vor allem in Kabul konzentrieren. Mit den internationalen Organisationen zog ein

westlicher Lebensstil ein, der die Kluft zwischen der Hauptstadt und dem übrigen Land verstärkte. Die Einzelinteressen der internationalen Organisationen, Geberländer und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) ließen sich weder in ein Gesamtkonzept integrieren, noch war eine zufriedenstellende Koordination möglich. Schließlich offenbarte sich bald, dass für den Wiederaufbau notwendige gesellschaftliche Voraussetzungen und eine breitere Trägerschicht fehlten. Neben staatlichen Strukturen war auch eine Zivilgesellschaft kaum vorhanden.

Obgleich eine Fülle verdienstvoller und auch sichtbarer Projekte anief, zeigen sich die Afghanen über den Wiederaufbau enttäuscht, nachdem 2001 die Erwartungen recht hoch gesteckt worden waren. Viele Afghanen verstanden unter Wiederaufbau ausschließlich Nothilfe und die Schaffung einer greifbaren Infrastruktur. Demgegenüber verfolgt die Internationale Gemeinschaft das Ziel einer Modernisierung gesellschaftlicher Institutionen, was sich in der Einführung bislang kaum verankerter Prinzipien wie Partizipation, Geschlechtergleichstellung und guter Regierungsführung (Good Governance) ausdrückte. Dies löste bei Teilen der Bevölkerung nicht nur Frustration über un-



SZ Photo/Caro/Stefan Trappe

Internet-Cafe in Kabul.

erfüllte Erwartungen aus, sondern führte auch zu einer Abwehrhaltung. Viele Afghanen befürchteten die Beseitigung kultureller, vor allem islamischer Traditionen, sowie die Infragestellung lokaler Macht- und Entscheidungsstrukturen. Der Unmut über die ausländische Präsenz und den schleppenden Wiederaufbau entlud sich beispielsweise am 29. Mai 2006: Nachdem ein US-Militärfahrzeug in Kabul einen Unfall verursacht hatte, brachen gewaltsame Proteste aus, in deren Verlauf die Gebäude mehrerer Entwicklungsorganisationen in Flammen aufgingen.

Auch stellt der Wiederaufbau kaum eine lukrative Alternative zur Drogenökonomie dar. Bereits Mitte der 1990er-Jahre war Afghanistan unter den Taliban zum weltweit größten Heroinproduzenten aufgestiegen. Ganze Regionen im Süden und Südosten des Landes leben seitdem von der Drogenwirtschaft, in die nicht nur die Taliban, sondern auch Regierungsbeamte verstrickt sind. Mehr als zwölf Prozent der afghanischen Bevölkerung sind direkt in das Opiumgeschäft involviert, und die Drogenökonomie entspricht wohl in etwa der Hälfte des offiziellen afghanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Da einfache Bauern mit dem Anbau von Mohn das Vielfache von dem verdienen, was sie mit Getreide einnehmen, sind die Kapseln der »Poppies« für sie die einzige Möglichkeit der Existenzsicherung (vgl. den Beitrag von Katja Mielke zur Drogenökonomie).

In Afghanistan etablierte sich eine Instabilität auf hohem Niveau, die ihre Ursache seit Jahrhunderten in den ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen hat. Der abweisende Naturraum, die Konflikte zwischen Stadt und Land, der extreme Partikularismus, die kulturelle Heterogenität wie auch die Einmischung von außen werden wohl auch zukünftig die Entwicklung des Landes beeinflussen.

So stellt sich – ungeachtet dessen, wie der Wiederaufbau und die Schaffung zentralstaatlicher Strukturen vorankommen – die Frage, ob Afghanistan jemals in der Lage sein wird, seine Bevölkerung zu ernähren. Das Land am Hindukusch zählt zu den ärmsten Gegenden der Welt; zudem hat sich seine Bevölkerung in den letzten 20 Jahren trotz Krieg verdoppelt und wächst rasant weiter. Dagegen sind die naturräumlichen Potenziale stark begrenzt. Afghanistan weist bei einer Analphabetenrate von über 60 Prozent kaum das Humankapital auf, um Arbeitsplät-

ze außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Mangels ökonomischer Alternativen bleibt daher für viele Bauern und Händler auch in Zukunft der Anbau und das Geschäft mit Drogen der einzig gangbare Weg oder die Migration in die Megastädte Pakistans und Irans.

Auch die Konflikte zwischen Stadt und Land werden weiter andauern. Nicht allein das ökonomische Ungleichgewicht, sondern auch die verschiedenen gesellschaftlichen Vorstellungen spalten die Gesellschaft. Die Durchsetzung von Menschenrechten, Demokratie und Gleichstellung der Frau kann den urban geprägten Stadtbewohnern nicht schnell genug gehen, während weite Teile der ländlichen Bevölkerung diese Grundsätze für anti-islamisch halten und durch sie die traditionelle Gesellschaftsordnung gefährdet sehen. Die Bewegung der Taliban kann gerade in den Distrikten Südafghanistans auf die Unterstützung von Menschen zählen, die sich ökonomisch vernachlässigt, ethnisch nicht richtig repräsentiert und in ihren Werten und Normen nicht ernst genommen fühlen.

Die Verfolgung von Einzelinteressen stellt eine weitere Herausforderung für den Wiederaufbau dar. Der Zerfall des Landes in viele kleine Kriegsfürstentümer verhindert nicht allein die Schaffung eines staatlichen Gewaltmonopols, sondern bringt insgesamt das Fehlen physischer Sicherheit mit sich. Diese Situation ist nicht individuellen Warlords anzulasten: Diese Gewaltstrukturen prägen in Afghanistan vielmehr eine ganze Gesellschaft und existieren unabhängig von großen Führungspersönlichkeiten weiter.

Auch die kulturelle Heterogenität des Landes bleibt ein wesentlicher Konfliktherd, obgleich ein gesamtafghanisches Selbstverständnis unter den Einwohnern so stark ausgeprägt ist wie niemals zuvor. Die größte Schwierigkeit besteht darin, staatliche Institutionen wie Regierung, Verwaltung und Armee zu schaffen, die ethnisch, konfessionell und regional ausbalanciert sind. Die Einführung demokratischer Prinzipien dürfte dieses Problem nicht verringern, sondern eher noch verstärken. Zu groß ist die Gefahr, dass sich die Staatsgewalt in den Händen einer ethnischen oder regionalen Gruppierung bzw. von Stammesverbänden und Clans konzentriert, und sich weite Teile der Bevölkerung nicht vertreten fühlen.

Schließlich sind die ausländischen Interessen zu nennen. Nach wie vor bemühen sich die Nachbarstaaten darum, ihren Einfluss in Afghanistan geltend zu machen. Aufgrund seiner geopolitischen Lage werden auch in Zukunft Konflikte auf das Land am Hindukusch ausstrahlen, die mit ihm direkt nur wenig zu tun haben, beispielsweise der Kaschmir-Konflikt zwischen Pakistan und Indien oder das problematische Konkurrenzverhältnis zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Zudem ist Afghanistan durch die Ereignisse des 11. September 2001 kaum noch von der Landkarte der internationalen Politik wegzudenken: hier muss sich beweisen, dass es die Internationale Gemeinschaft mit dem Krieg gegen den Terror ernst gemeint hat. Scheitert der Wiederaufbau Afghanistans, hat die Internationale Gemeinschaft als Anti-Terrorkoalition versagt.

Der eskalierende Krieg zwischen den Taliban und der NATO in Süd- und Südostafghanistan verdeutlicht, dass die ausländischen Kräfte, die 2001 in Afghanistan intervenierten, um dem Land Frieden zu bringen, sehr schnell Teil des laufenden Konfliktes wurden. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass wie in den vergangenen Jahrhunderten auch weiterhin über die Zukunft Afghanistans nicht dort, sondern in den Schaltzentralen der Macht wie New York, Washington, Moskau, Teheran und Islamabad entschieden wird. Wenn auch die komplexe Konfliktsituation kaum eine Prognose für die Zukunft des Landes zulässt, so kann doch davon ausgegangen werden, dass Afghanistans Weg in den Frieden von vielen Rückschlägen begleitet sein und wohl eher Jahrzehnte als Jahre dauern wird.

*Conrad Schetter*